GÖTTINGER BLÄTTER

Oktober 2025

BSW-Fraktion im Kreistag VVN FG Cuba DKP Grobian GöLinke

Spannender Info-Monat:

Ganz viele tolle Veranstaltungen!
Wir kündigen an dieser Stelle gern die uns zugegangenen Veranstaltungen an, weil wir meinen, dass dies einem „Heißen Herbst“ am nächsten kommt – zumindest in Bezug auf die gesellschaftliche Realität und auf unsere Möglichkeiten!

2. Oktober:
Pablo Neruda, Dichter des Volkes - Diplomat - Literaturnobelpreisträger – Kommunist
Zu Gast: **Wolfgang Teuber**
19 Uhr; Rotes Zentrum, Lange Geismarlandstr. 2, Göttingen
Veranstalter: DKP-Göttingen (mehr s. DKP-Seite)

6. Oktober:
Autos zu Panzern statt Schwerter zu Pflugscharen? Was „Kriegstüchtig“ für unsere Wirtschaft bedeutet
Zu Gast: **Ulrike Eifler**
18 Uhr, Alte Brauerei, Northeim
Veranstalter: Forum Gerhard Jacobshagen in Kooperation mit der Alten Schule Fredelsloh

8. Oktober:
Kommunalpolitischer Ratschlag
11.00 – 15.00 Uhr, A+L, Lange Geismarstr. 73, Göttingen
Veranstalter: Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke
(mehr: s. Gö-Li Seite)

10. Oktober:
Kriegstüchtig? Zur Zukunft des Sozialen in Zeiten der Militarisierung
Zu Gast: **Sevim Dagedelen**
18 Uhr, Bürgerhaus Grone Göttingen, Martin-Luther-Str. 10, Grone
Veranstalter: BSW-Göttingen (mehr: s. BSW-Seite)

10. Oktober:
Winterkino Grone: Rumba-Therapie
19.00 Uhr Jona-Gemeinde, Grone, Deisterstraße
Veranstalter: Grobian u.a. (mehr: s. Grobian-Seite)

Im Internet:
www.goettinger-linke.de *NEUES DESIGN*

Kontakt

Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Veranstaltungskalender Oktober	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss
für die Ausgabe 11.2025
ist der 23. September
Auslieferung vorraussichtlich am 28.10.

17. Oktober:
Filmvorführung: Minna Faßhauer - Arbeiterin, Gewerkschafterin, Ministerin
18 Uhr, Alte Brauerei Northeim
Veranstalter: DGB OV Northeim in Kooperation mit ver.di, GEW, KZ Gedenkstätte Moringen, VVN-BdA, Moringen bleibt wach, Arbeitskreis Minna Faßhauer

25. Oktober:
Noche cubana
19.00 Uhr, Gutenberg-Terrassen, Gutenbergstraße 32, Göttingen
Veranstalter: FG BRD-Kuba (mehr s. FG-Seite)

29. Oktober:
Kriegstüchtiges Gesundheitswesen - Was bedeutet das für uns?
Gäste: **Ute Rippel-Lau,**
Ärztin für Allgemeinmedizin und Mitglied der IPPNW, Hamburg, und
PD Dr. Katharina Blanka Jäckle,
Klinik für Unfallchirurgie, Orthopädie und Plastische Chirurgie, UMG
Veranstalter; IPPNW Regionalgruppe Göttingen

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

VVN-BdA

https://niedersachsen.vvn-bda.de • https://antifa.vvn-bda.de

Filmvorführung „Minna Faßhauer“

Am Freitag, dem 17. Oktober 2025, zeigen wir um 18:00 Uhr in der „Alten Brauerei“ in Northeim den Film über Minna Faßhauer (1875–1949).

Sie war 1918/1919 die erste deutsche Ministerin – damals Volkskommissarin für Volksbildung – im sozialistischen „Volksstaat Braunschweig“. Zunächst Mitglied der SPD, wechselte sie später zur USPD und dann zur KPD.

Minna Faßhauer geriet am 27. Mai 1935 in Untersuchungshaft. Auf Anordnung des Führers der Landespolizei, Friedrich Jeckeln, wurde sie am 6. Oktober 1935 in Schutzhaft genommen. Zur Begründung hieß es, ihr sei im Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats nachgewiesen worden, „daß Sie Beziehungen zu den führenden Mitgliedern der illegalen kommunistischen Räte-Union gehabt haben, bzw.. selbst zu den geistigen Führern dieser illegalen Gruppe gehört haben. Ferner ist Ihnen nachgewiesen, daß Sie Kenntnis von der Art der Propaganda dieser Räte-Unionisten hatten. Weiter muß angenommen werden, daß Sie durch Ihre lange politische Tätigkeit und der daraus gewonnenen Erfahrung der illegalen Tätigkeit dieser Vereinigung mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben“.

In einer schriftliche Beschwerde beim Leiter der Politischen Polizei schrieb sie: „Ich betone noch mal, daß ich von keiner illegalen Organisation weiß noch Mitglied einer solchen war“. Dies blieb nicht nur ohne Erfolg, sondern führte zu einer Gegenreaktion:

Es wurde ein 14-tägiger Arrest verhängt, „weil sie in einer Eingabe an den Leiter der Braunschweigischen Politischen Polizei die Gründe ihrer Inschutzhaftnahme in unerhörter Weise bemängelt hat. Als alte Marxistin, die gerade in Braunschweig eine führende Rolle gespielt hat, kann man ihr heute in Bezug auf den neuen nationalsozialistischen Staat keinen Glauben schenken“.

Obwohl Minna Faßhauer in der Berufungsverhandlung vor dem Oberlandesgericht freigesprochen worden war, wurde sie von der Politischen Polizei nicht auf freien Fuß gesetzt. Stattdessen wurde sie am 24. Oktober 1935 in das Konzentrationslager Moringen überführt, aus dem sie erst am 13. Januar 1936 gesundheitlich schwer angeschlagen entlassen wurde. Bis 1945 stand sie unter der Beobachtung der Gestapo und musste zeitweilige Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen.

Nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes wurde Minna Faßhauer trotz ihres hohen Alters wieder politisch aktiv und trat der KPD bei. Bei der Gemeindewahl 1946 kandidierte sie für diese Partei, konnte jedoch kein Mandat erringen. Weiterhin engagierte sie sich in der Frauenarbeit „und arbeitete auch im Rahmen der Frauenarbeit der KPD Landesleitung mit“. Dabei blieb sie ihrem Wahlkampfmotto treu: „Trotz meines Alters stehe ich auch heute in vorderster Linie und kämpfe für die Ziele der Arbeiterschaft. – Den Jungen zur Lehr, den Alten zur Wehr!“ Am 4. März 1946 wurde sie offiziell als Opfer des Faschismus anerkannt.

Minna Faßhauer starb am 28. Juli 1949 im Alter von 73 Jahren.



Die VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen organisiert eine gemeinsame Anreise mit Auto oder Zug aus Göttingen. Bitte meldet euch bis spätestens Dienstag, 14.10.2025, unter kevin_haack@riseup.net und gebt folgende Daten an:

- Ich stelle ein Auto zur Mitfahrt / ich möchte im Auto mitfahren
- Ich fahre Zug und kann Leute mitnehmen / ich möchte im Zug mitfahren

Mit solidarischen Grüßen
im Namen der Veranstaltenden

Termine

Donnerstag, 23.10.2025, 16:00 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Café INTI“, Wilhelmsplatz, Göttingen

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba
Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de



VNB unser Kooperations- u. Bildungspartner
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

14.Oktober, 20:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße

Eine militärische Aggression gegen die Bolivarische Republik Venezuela muss dringend verhindert werden



Die Revolutionäre Regierung verurteilt die Eskalation der Maßnahmen der US-Regierung zur Rechtfertigung einer militärischen Aggression gegen die Bolivarische Republik Venezuela.

Autor: MINREX | internet@granma.cu

Die Revolutionäre Regierung prangert die Eskalation der US-Regierung zur Rechtfertigung militärischer Aggressionen gegen die Bolivarische Republik Venezuela an.

Die zunehmende Verstärkung der militärischer Ressourcen und des Personals in der Karibik, der Einsatz von Gewalt zum Angriff auf zivile Schiffe und zur Ermordung ihrer Besatzungen sowie das ungerechtfertigte Abfangen und Festhalten eines Schiffes unter Verletzung internationaler Normen bestätigen den feindseligen und unverantwortlichen Charakter der laufenden Operation.

Hinzu kommt die Verbreitung psychologischer Kriegsbotschaften durch die US-Regierung, die diese Aktionen in der Öffentlichkeit unter dem plumpen Vorwand zu legitimieren versucht, Venezuela stelle eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten und das Wohlergehen seiner Bürger dar.

Der US-Außenminister sowie verbündete Kongressabgeordnete und Senatoren, die ebenfalls für die aktuelle Eskalation des Völkermords im Gazastreifen verantwortlich sind, versuchen, auf unverantwortliche und gefährlich Weise ihre Interessen in Venezuela mit Gewalt durchzusetzen.

Das wahre Ziel dieser Aktionen ist sich das Öl Venezuelas und dessen Ressourcen anzueignen.

Kuba hat wiederholt davor gewarnt, dass die Stationierung von US-Streitkräften in der Karibik in den letzten Wochen eine Provokation darstellt und einen militärischen Konflikt auslösen soll, der die Bolivarische Republik Venezuela zur Verteidigung ihrer Souveränität und territorialen Integrität zwingen würde.

Eine direkte militärische Aggression gegen Venezuela hätte unabsehbare Folgen für den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit Unseres Amerikas.

Es darf keiner Regierung gestattet werden, unter Verletzung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt zurückzugreifen.

Es ist dringend erforderlich, Lügen von der Realität zu trennen.

Kuba fordert dringend eine internationale Mobilisierung, um Aggressionen zu verhindern und Lateinamerika und die Karibik als von ihren Staats- und Regierungschefs ausgerufene Zone des Friedens zu erhalten.

Havanna, 18. September 2025

Bundesdelegiertenkonferenz der FG in Göttingen



Die diesjährige Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.v. wird am Wochenende 25./26. Oktober in der Jugendherberge Göttingen stattfinden.

Neben der Rechenschaftslegung des Bundesvorstandes und der Diskussion hierüber wird ein/e Vertreter/in der kubanischen Botschaft einen Überblick über die aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen geben. Hierbei wird sowohl die ökonomische als auch die außenpolitische Situation im Mittelpunkt stehen. Die Veranstalter erwarten hierzu ebenfalls eine angeregte Diskussion.

Ein weiterer Schwerpunkt wird der Antrag auf eine umfassende Änderung der Satzung sein. Diese ist sowohl aus rechtlichen als auch aus „praktischen“ Gründen notwendig geworden.

Havana Club
El Ron de Cuba

Samstag, 25.10.25 ab 19.30 Uhr

Noche cubana

mit kubanischer Musik und kubanischen Mixgetränken
Gutenberg-Terrassen, Gutenbergstraße 32, Göttingen

Gäste sind herzlich willkommen

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen
Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 3, 37073 Göttingen
https://goettingen.dkp.de • goettingen@dkp.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Kommunale Elendsverwaltung

Am 22. September berichtete das „Göttinger Tageblatt“ über die angekündigte Schließung des Restaurants Amavi, die sich einreiht in weitere Laden- und Lokalschließungen. Einen Tag später beschrieb das Blatt das Gezerre, ob eine mühsam aus dem Stadtetat geschnittene Million Euro dem Deutschen Theater oder doch besser den Sportvereinen zufließen solle. Beiden steht finanziell das Wasser bis zum Hals. Wieder einen Tag später war zu lesen, dass „im letzten Moment verhindert“ worden sei, den Bewohnerinnen und Bewohnern der Groner Landstraße 9 – darunter viele kleine Kinder – das Warmwasser abzudrehen, wie die Stadtverwaltung erleichtert mitgeteilt habe.

So geht das seit Wochen und Monaten und es wird – wenn sich nichts grundlegendes ändert – noch Wochen, Monate und Jahre so weitergehen.

Vor diesem düsteren Hintergrund des Zerfalls, des unwürdigen Balgens würdiger Vereinsvorstände um Brosamen vom Tisch der Mächtigen, des Bangens sogenannter kleiner Leute um das Warmwasser für ihre Kinder finden im September Kommunalwahlen statt. Bei ihnen werden sich die etablierten Parteien in Plakaten, Broschüren und Internetauftritten als Supermänner und -frauen auftakeln, die bereit und fähig seien, die Probleme der rund 330.000 Menschen im Landkreis Göttingen anzupacken. Das ist alles Asche, Lüge und Illusion.

Kommunalpolitik im Vorfeld des größten Aufrüstungsprogramms Deutschlands seit dem zweiten Weltkrieg verkommt mit unerbittlicher innerer Logik immer mehr zu kommunaler Elendsverwaltung. 25 Milliarden mehr Ausgaben als Einnahmen haben die deutschen Kommunen im letzten Jahr bilanzieren müssen – so viel wie noch nie zuvor. Der Sanierungsstau, also das Geld, das notwendig wäre, um auch nur die bestehenden Gebäude und Einrichtungen zu erhalten, beziffert sich auf inzwischen 190 Milliarden Euro. Das wäre zu stemmen, denn nach den Finanzplanungen des Bundes sollen die Rüstungsausgaben von jetzt 90 Milliarden auf 150 Milliarden im Jahre 2029 gesteigert werden. Das Geld für die Belebung unserer Innenstädte, für das Deutsche Theater und für den FC Grone, für die Duschen in der Groner Landstraße wäre also da. Aber es fließt zu Rheinmetall, die dafür Granaten, Panzer und demnächst Kriegsschiffe bauen.

Diejenigen, die das verantworten, brechen unsere Verfassung. Denn das Grundgesetz bestimmt im Artikel 28: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. ... Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung...“. Diejenigen, die im Bundestag den dritten großen Krieg gegen Russland vorbereiten, unterhöhlen systematisch diese Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung. Sie sind Verfassungsfeinde und Feinde der Kommunen – allen ihren schönen Worten im Vorfeld der Wahlen am 13. September 2026 zum Hohn.

(ms)

Mitgliederversammlungen:

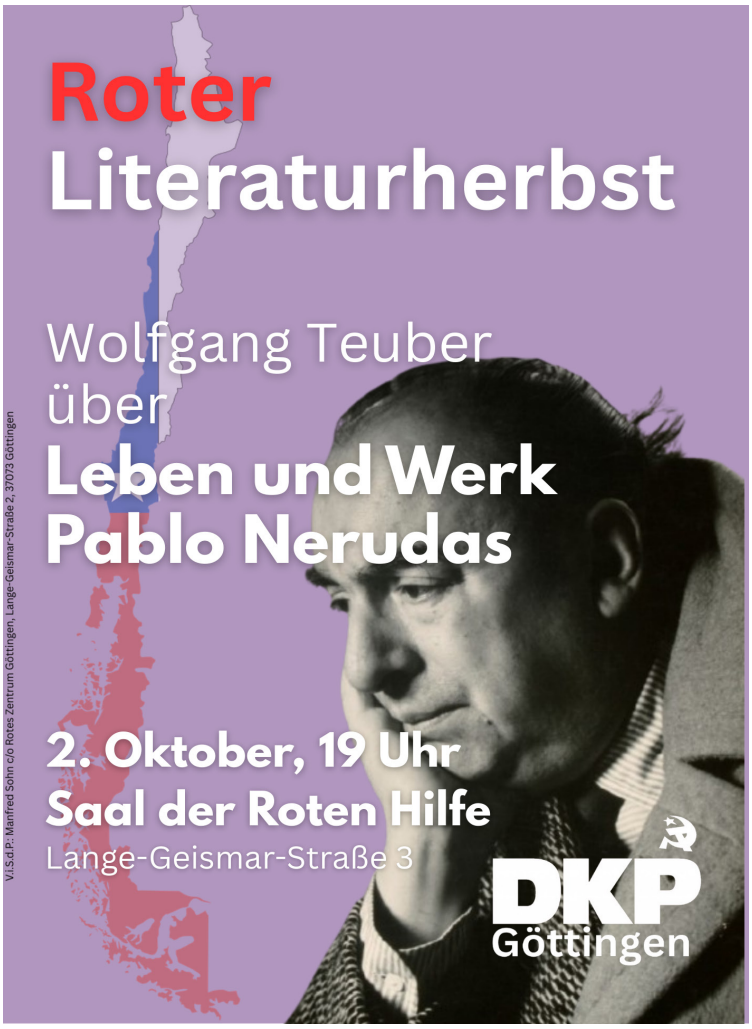
Dienstag, 07. Oktober

Das Thema der Versammlungen stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Dienstag, 21. Oktober

*Was ist die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke?*

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt



GROBIAN
GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Montags, 19 Uhr

unser Kooperations- u. Bildungspartner

Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Grobian bei der Groner Kirmes

Zum dritten Mal nahmen die Grobiane und der Verein „IN Grone“ mit einem eigenen Beitrag an der Groner Kirmes teil (s. Fotos)

Wie in den letzten zwei Jahren hatten die Grobiane ein aktuelles Thema aus dem Stadtteil gewählt: Die (fast) never ending Story der KITA Harzstraße, die schon seit über fünf Jahren von ADLER bzw der LEG gebaut werden sollte. Zwar gibt es einen städtebaulichen Vertrag, der 2020 als Baubeginn festgesetzt hatte, aber „ADLER / LEG / Stadt sitzen es aus“. Und die KITA ist bis heute nicht in Sicht! (Die Göttinger Blätter berichtigten auf dieser Seite. Neues dazu im Kasten rechts unten.)



Übrigens: Der Wagen der Grobiane hat den dritten Platz belegt und hierfür 150 Euro vom „Prämierungsausschuss“ der Kirmes erhalten. (gs)



Es geht wieder los:
Winterkino Grone

Film Freunde Grone

In den Monaten Oktober 25 bis zum März 26 wird es an jedem zweiten Freitag des Monats wieder einen Film geben: Die Grobiane, zusammen mit der Kirchengemeinde Grone und der Bürgerinitiative Grone-Süd sind die Akteure in dieser Aktion, die bereits seit mehr als 10 Jahren in den Räumen der Jona-Gemeinde in der Deisterstraße stattfindet.

Leider dürfen wir aus lizenzrechtlichen Gründen die Originaltitel der Filme nicht nennen. Aber wir unterrichten Euch gern unter der Adresse „winterkino-grone@web.de“. Das „Motto“ in diesem Jahr ist „Schicksale“!

Wir zeigen am 10. 10. 25 den Film

Rumba-Therapie

Der erste „Schicksalsfilm“ ist über die Steifigkeit des Alters & dessen Ego. Dies wird elegant durch das richtige Taktgefühl und Tanzschritten gelockert!

19.00 Uhr Jona-Gemeinde, Grone, Deisterstraße
(Eingang an der Bushaltestelle)
Einlass ab 18.30 Uhr / Filmbeginn:19.00 Uhr

Aktuelles aus dem Ortsrat Grone

Wunder gibt es immer wieder …

Hatten wir in der September-Ausgabe noch unsere zweifelnden Fragen bezüglich der KITA-Harzstr. aufgeführt, ist nun bei der Sitzung des Ortsrates Grone bekanntgegeben worden, dass es einen neuen „städtebaulichen Vertrag“ gibt. Dieser enthält die Festlegung, dass die Einreichung der Bauunterlagen für die KITA in der Harzstraße spätestens zum 30.6.2026 zu erfolgen hat und die Eröffnung der KITA 13 Monate später erfolgen soll (also am 1.8.2927). Gebaut wird nunmehr durch die Städtische Wohnungsbau! Die interessierten LeserInnen wird verwundern, dass da ein „noch zu vermessendes Gelände“ genannt wird: Wurde hier tatsächlich bislang noch nie (seit 2020) das Gelände vermessen, obwohl die KITA schon seit Jahren im KITA-Bedarfsplan des Jugendhilfeausschusses steht? Oder steckt in dieser Formulierung noch etwas anderes?

BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

AfD-Verbotsdebatte im Kreistag

Im Mittelpunkt der eher kurzen Kreistagssitzung am 24. September stand eine Resolution der Mehrheitsgruppe, die einen Aufruf zur Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens enthielt. Diese richtet sich an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Dabei soll insbesondere erwogen werden, einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD zu stellen und im Falle verfassungsfeindlicher Bestrebungen die AfD nach Artikel 21 Absatz 3 Grundgesetz von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.

SPD-Fraktionschef Heinze brachte den Antrag ein: Die Frage, wann eine rechtsextreme Partei gefährlich werde, stelle sich nicht, da beispielsweise die NSDAP in den Jahren vor 1933 sehr schnell von einer Splittergruppe zur führenden politischen Kraft aufstieg.

Die Grünen argumentierten, dass es grundsätzlich wichtig sei, einer Partei wie der AfD die Bühne zu nehmen.

Von der Opposition wurde klargestellt, dass der AfD politisch und nicht juristisch entgegengetreten werden müsse. Mit einem Verbotsverfahren könne zudem das Gegenteil erreicht werden, wie Eckhard Fascher für das BSW deutlich machte. So habe es in der Bundesrepublik bisher zwei Parteiverbote gegeben, dennoch sei es damit nicht gelungen, die jeweiligen politischen Kräfte zu entfernen. Auch könne das Verbotsverfahren scheitern, wie dies bei der NPD 2003 geschehen war und diese damit stärken. Die Stärke der AfD sei eine Folge des Frusts über die ungelösten Probleme und die herrschende Politik – die allerdings, darauf sei hingewiesen, von der AfD in noch radikalerer, noch neoliberaler weitergedacht würde.

Auch die CDU begegnete der Resolution mit Skepsis und meinte, Frustration könne man nicht verbieten. Ein so scharfes Schwert wie ein Parteienverbot dürfe nur in Ausnahmefällen und als letztes Mittel gezogen werden. Letztlich wurde die Resolution knapp mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe angenommen.

Ein anderer einstimmig und schnell abgehandelter Punkt hat es in sich. So steigen die Kosten im Bereich der Jugendhilfe erheblich: Hier wurde überplanmäßigen Mehraufwendungen in Höhe von ca. 8,5 Millionen Euro für dieses Haushaltsjahr zugestimmt. Die Kostensteigerungen sind die Folgen einer bundesweiten Entwicklung und beispielsweise auf steigende soziale Probleme in den Familien und Nachwirkungen der Coronamaßnahmen zurück zu führen.

Einstimmig wurde beschlossen, die Zuschüsse an das Deutsche Theater und das Göttinger Sinfonieorchester ab 2027 zu erhöhen, um deren Existenz zu sichern und tarifliche Lohnsteigerungen der Beschäftigten aufzufangen. Ähnlich wird die Stadt verfahren, beim Land als dritten Geldgeber ist dies noch unklar. Eckhard Fascher stellte klar wie wichtig auch für das BSW die Sicherung beider Einrichtungen ist. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass bei anderen kleineren Einrichtungen entsprechend gekürzt würde wie es aufgrund der immer schlechter werdenden Haushaltslage zu befürchten sei. Hintergrund ist, dass diese als freiwillige Leistungen gelten, deren Anteil aufgrund der Haushaltslage auf 1,5% des Haushalts gedeckelt ist.

Eine diesmal einstimmig beschlossene Resolution betraf den Bau einer Bahnkurve im Gebiet der Stadt Herzberg. Hierdurch soll die Stadt Osterode besser an die Kreisstadt Göttingen angebunden werden.

Aufgrund des Tötungsdeliktes im Bahnhof Friedland, gab es eine weitere Resolution zur Verbesserung der Sicherheit in Bahnhöfen. Dazu gehören insbesondere die Ausstattung aller Bahnstationen mit moderner und funktionsfähiger Videoüberwachung, die Verbesserung der Beleuchtung und der sicherheitstechnischen Infrastruktur, die Einrichtung zusätzlicher Notruf- und Meldesysteme, eine verstärkte Präsenz sowie regelmäßige Streifen der Bundespolizei und die Schaffung niedrigschwelliger Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sowie sicherheitsrelevante Beobachtungen auch anonym zu melden.

Gegen die Stimmen der AfD und des Abgeordneten von „Die Linke“ wurde dieser Antrag auch mit Stimmen des BSW angenommen.

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel. 0551/525-2108

BSW@landkreisgoettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr





Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

„ Die Würde des Menschen ist <<migrationspolitisch>> nicht zu relativieren.“

Mit diesem Zitat aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 2012 ist eigentlich alles gesagt. Nur interessiert dies die Herrschenden nicht.Dies wurde mehr als deutlich bei der Veranstaltung „Die Bezahlkarte - Einschränkung statt Unterstützung“ im vergangenen Monat. Sprecher*innenkreis und Fraktion der Göttinger Linken luden hierzu ins Holbornrsche Haus ein.
Auf dem Podium saßen neben Sven Adam, der Göttinger Sozialanwalt und „politische Mensch“, wie ihn die Moderatorin Bärbel Safieh ihn vorstellte, Cornelius Hantscher, Vertreter der grünen Ratsfraktion im Sozialausschuss und Jost Leßmann, Vorsitzender der Göttinger-Linke-Ratsfraktion. Mirjam Schülle von der Uni Kassel, hatte leider kurzfristig aus persönlichen Gründen abgesagt.

Sven Adam gab zuerst einen Einblick in die Geschichte des sog. Asylbewerberleistungsgesetzes. Dies regelt seit 1993 „Sonderrechte“ für Geflüchtete. Es bedeutet: geringere Sozialleistungen als den Regelsatz - also unter dem Existenzminimum. Dazu kommen massive Einschränkungen in der Krankenversorgung. Das Gesetz ist also im Grunde verfassungswidrig.

Nun soll diese rassistische Ungleichbehandlung bedürftiger Menschen durch die Bezahlkarte noch verschärft werden. Hantscher bedauerte, dass die Haltung seiner Parteikolleg*innen hier nicht einheitlich sei. Leßmann betonte, dass Mehrheiten gefunden werden müssen und kann bei der Rats-SPD noch kein eindeutiges Votum erkennen. Allerdings haben SPD und Grüne im Landkreis bereits gemeinsam im Sommer 2024 die unsägliche Bezahlkarte eingeführt.
Eine Aktive aus dem Tauschcafé der OM10 berichtete denn auch, dass Asylbewerber*innen aus Friedland über vielfältige Probleme berichten: Z.B., wenn Menschen mit der Karte kein Deutschlandticket buchen können.

Podium und Zuhörer*innen waren sich einig: „Das Drangsalieren der Geflüchteten ist nichts als ein Signal nach innen“; an die Wähler*innen der Mehrheitsparteien, ein Kotau vor dem Rechtsruck der Gesellschaft.
Die entscheidende Frage, ob Göttingen tatsächlich rechtlich gezwungen ist, die Karte einzuführen, hat Rechtsanwalt Sven Adam klar verneint. Er nannte Beispiele von Kommunen aus dem Bundesgebiet, die sich erfolgreich wehren. Daher war das Fazit der Diskussion, dass zunächst weiter gegen die Einführung in Göttingen gearbeitet werden muss; Z.B.: Um die Ratspolitik kritisch zu beeinflussen, sollten die negativen Erfahrungen aus dem Landkreis von den Aktiven in den Sozialausschuss eingebracht werden. Gleichzeitig wurden – bei Umsetzung der Card - Ideen zu umfassenden Umtauschaktionen vorgeschlagen.

Erstes Ziel soll aber sein, das rassistische Kartensystem in Göttingen zu verhindern. Jetzt kommt es darauf an, dran zu bleiben!



Bärbel Safieh, Sven Adam, Cornelius Hantscher, Jost Leßmann

Kontakte
Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum
Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:
Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Christian Schüler, Hendrik Falkenberg, , Jost Leßmann, Peter Strathmann
Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de
Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 - 400 2347
goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten:
Mi: 10:00 - 12:00
14:00 - 16:30 (nach Vereinbarung)
Fr: 10:00 - 12:00

Mandatsträger*innen:
Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)
Nornia Marcinkiewicz
Torsten Wucherpfennig

1. Kommunalpolitische Ratschlag zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2026:

Samstag, 8 Nov., 11.00 – 15.00 Uhr, A+L, Lange Geismarstr. 73

- Hauptthema: Wohnungspolitik
- Gründung von Arbeitsgruppen für das Wahlprogramm 2026

(Bitte eigene Verpflegung mitbringen!)

Vorankündigung: 2. Ratschlag am 13. Dez. 2025; gleicher Ort, gleiche Zeit

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo im Oktober aktuell

Pressemitteilung vom 25.09.2025 zur Diskussion der verpflichtenden Einführung eines Ganztagskonzepts an den Grundschulen

Der Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke Jost Leßmann kommentiert die Situation wie folgt: „Das Gesetz wurde bewusst früh verabschiedet, damit Städte und Schulen sich vorbereiten können. Stattdessen bekommen wir kurz vor der geplanten Abstimmung zwei Seiten Änderungsanträge auf den Tisch, ohne vorherige Informationen oder Beteiligung“.

Er betont auch die Situation der Eltern: „Wozu haben wir demokratische Prozesse und das Plenum, wenn am Abend vorher unter Ausschluss der Eltern- und Schulvertretungen eine politische Mehrheit gesucht wird? Es ist inakzeptabel, dass bei so wichtigen Themen nicht alle mitgenommen werden. Beratungen und Diskussionen können erst geführt werden, wenn alle Beteiligten über Änderungen aufgeklärt sind. Es ist nicht nachvollziehbar, wie so ein Hauruck-Verfahren Verständnis und Zuspruch bei den Eltern und Schulen aufbauen soll“.
Zum zweiten Mal haben Schul- und Jugendhilfeausschuss gemeinsam getagt, um über die Einführung des 2021 beschlossenen Rechtsanspruchs für Grundschulkinder zu beraten. Die Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke kritisiert dabei die sehr kurzfristige Einbringung eines ausführlichen Änderungsantrags scharf.

Als Fraktion möchten wir betonen, dass Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit mit dem neuen Konzept gesichert werden müssen. Wir teilen das Ziel, Ganztagsschulen auszubauen und allen Kindern ein gutes Bildungsangebot zu garantieren, jedoch lässt sich dieses Ziel nur erreichen, wenn Qualität, echte Beteiligung der Betroffen und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt stehen. Zeitdruck, Einsparungen und politische Schnellschüsse werden uns langfristig wieder zurück zum Anfang der Diskussion führen und Frust unter den Eltern und Lehrern fördern.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:
Mi: 10:00 - 12:00 Uhr
14:00 - 16:30 Uhr
Fr: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)

Statement zur Situation der GöSF

Die Göttinger Sport- und Freizeit GmbH (GoeSF) steht unter massivem finanziellem Druck. Steigende Energie- und Personalkosten und notwendige Investitionen in Sportstätten und Bäder bringen die Gesellschaft an ihre Grenzen.

„Die GöSF ist ein zentraler Bestandteil der städtischen Daseinsvorsorge. Schwimmbäder, Hallen, Sport- und Freizeitangebote sind kein Luxus, sondern Grundrechte auf Teilhabe, Gesundheit und Gemeinschaft. Statt Kürzungen oder weiterer Preissteigerungen braucht es eine verlässliche öffentliche Finanzierung“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke Jost Leßmann.

„Die im Jahresabschluss ausgewiesenen Defizite sind ein strukturelles Problem, das nicht durch betriebswirtschaftliche Tricks oder steigende Eintrittspreise gelöst wird. Wenn wir die GöSF allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewerten, riskieren wir den sozialen Zusammenhalt in Göttingen. Es darf nicht sein, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien vom Schwimmen ausgeschlossen werden, weil die Eintrittspreise immer weiter steigen“, ergänzt er in Bezug auf mögliche finanzielle

Die Fraktion der Wähler*innengemeinschaft fordert deshalb eine dauerhafte kommunale Zuschussfinanzierung. „Sport, Bewegung und Begegnung gehören in die öffentliche Hand. Die GöSF muss gestärkt werden durch soziale, nachhaltige und solidarische Investitionen“, erklärt Leßmann abschließend.